



Stellungnahme zur Schulreform/Volksentscheid

Mit großer Sorge hat der Elternrat der Grundschule Knauerstraße die Ereignisse der letzten Monate im Hamburger Schulsystem verfolgt. Wir Eltern hätten uns eine Reform und damit ein Schulsystem gewünscht, das von einer breiten Elternschaft getragen wird und nicht eines, das am Verhandlungstisch einer Koalition entstanden ist. Die Koalitionsparteien und die Schulbehörde waren und sind zu keinen entscheidenden Kompromissen bei der Primar-Schulreform bereit. Im Gegenteil werden laufend mit Hochdruck „neue“ Projekte verkündet: Die geplante Abschaffung der Vorschulen in Hamburg, die ein wichtiger Baustein der frühkindlichen Förderung und damit ein wesentlicher Faktor zur Schaffung von Chancengleichheit sind, beunruhigt uns sehr. Nach lauten Protesten wurde diese um ein Jahr verschoben. Werden die Vorschulen geschlossen, um Platz für die Primarschulen zu erhalten? Die Abschaffung der Noten durch ein neues Punktesystem wurde verkündet und kurz darauf wieder verworfen. Wie sollen unsere Kinder und unsere Lehrer bei diesen chaotischen Verhältnissen in Ruhe lernen und arbeiten können?

Wir sind enttäuscht über die Haltung des Senats, der die Primarschule ohne ergebnisoffene Evaluation bereits ab Sommer 2010 flächendeckend und verpflichtend für alle einführen will. Dies kommt einem gesamthamburgischen Schulversuch für viele Schülergenerationen gleich, dessen qualitativer Ausgang aber völlig ungewiss ist. Wir vermissen eine frühzeitige Prüfung und Einhaltung echter Qualitätskriterien, die auch die tatsächlichen Klassenfrequenzen, Raumversorgungen und Fortbildungsstände der Lehrkräfte berücksichtigt.

Wir befürchten erhebliche Nachteile für Schülerinnen und Schüler, die die sechsjährige Primarschule mit sich bringen wird. Es gibt keine wissenschaftlich fundierten Nachweise, dass ein um zwei Jahre längeres gemeinsames Lernen im Grundschulbereich zu besseren Ergebnissen führen wird – auch nicht hinsichtlich individualisiertem und jahrgangsübergreifendem Lernen.

Wir halten eine Primar-Schulreform für nicht hilfreich, bei der künftig die Schüler keinen individuell zugeordneten Klassenlehrer mehr haben werden und ein verbindliches Notenzeugnis nur noch zum Halbjahr der 6. Jahrgangsstufe vorgesehen ist. Wir kritisieren, dass viel Geld in Umbauten von künftigen Primarschulen investiert werden soll und halten stattdessen weitere Lehrerstellen sowie erhebliche Verbesserungen im Bereich des Unterrichts und in der Aus- und Weiterbildung für wesentlich effizienter.

Wir bezweifeln, dass ein Elternwahlrecht auf Probe (nun erst nach Klasse 6) – gegenüber den nicht abschulbaren gymnasialen Berechtigungskindern – eine hilfreiche Verbesserung darstellt. Ein Elternwahlrecht nach Klasse 6 führt demnächst zu der absurden Situation, dass für das Gymnasium berechnete Schüler schlechtere Leistungen zeigen können als die für ein Jahr auf Probe zugelassenen. Wer als Schülerin oder Schüler bereits am Ende der Primarstufe den Anschluss verloren hat, wird den Verlust an Lernstoff auf den nur noch 6 Klassenstufen umfassenden Gymnasien kaum mehr aufholen können. Dieses Problem wird durch die schon verkürzte Gymnasialzeit der G8 Reform noch verstärkt und somit werden unsere Kinder einem immensen Leistungsdruck ausgesetzt. Der Wegfall der Klassen 5 und 6 bedeutet für unsere sehr guten staatlichen Gymnasien ein Verlust ihrer besonderen Profile und wird Ihnen auf Dauer großen Schaden zufügen.

Wer Chancengleichheit ernst nimmt muss im Kindergarten und in der Vorschule ansetzen und nicht erst in der 5. und 6. Klasse, wenn es für viele Kinder schon zu spät ist. Die personellen und finanziellen Ressourcen müssen für eine Verbesserung der Inhalte eingesetzt werden und nicht für eine sinnlose Strukturreform, die wie das Hamburger Abendblatt heute berichtet, 464 Millionen Euro kosten soll. Warum wird nicht in eine gezielte frühkindliche Förderung, in Ganztagesangebote, mehr Lehrer und in eine gezielte Hausaufgabenbetreuung investiert?

Wir Elternvertreter sprechen uns daher für das Fortbestehen der Klassen 5 und 6 an den weiterführenden Schulen und den Erhalt des Elternwahlrechts nach Klasse 4 aus. Wir begrüßen, dass es im Juli 2010 zur Abstimmung über einen Volksentscheid gegen die sechsjährige Primarschule kommt.